Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 59 (1972)
Heft: 6

Rubrik: Aus Kantonen und Sektionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

festzulegen, deren Schüler und Kursteilnehmer beitragsberechtigt sind.
3. Durch einheitliche Bedingungen und Berechnungsgrundlagen zur Erteilung von Ausbildungsbeiträgen ist jede regionale Diskriminierung aufzuheben.

Aus Kantonen und Sektionen

Zürich:
Die Zürcher Kontaktstelle für Italiener und Schweizer

Die Kontaktstelle für Italiener und Schweizer wurde im Februar 1968 in Zürich gegründet. Sie will den Dialog zwischen der einheimischen Bevölkerung und den italienischen Einwanderern fördern. Damit soll das nötige Bewußtsein über gemeinsame Probleme, mit anderen Worten die Grundlage für eine soziale Integration geschaffen werden.
«Assimilierung ist ein von beiden Seiten einsetzender Prozeß, der in gegenseitigem Nehmen und Geben das Verständnis zueinander fördert und dazu führt, daß gemeinsame Aufgaben gemeinsam gelöst werden» (Zitat aus der Zielsetzung der Zürcher Kontaktstelle). Es handelt sich also bei der Assimilierung nicht um ein Problem der Ausländer, sondern um eine Angelegenheit aller Ansäßigen des jeweiligen territorialen Gemeinwesens.
Die Kontaktstelle ist die einzige paritätische Organisation dieser Art in der Schweiz. Auch wenn ihre Aktivität aus administrativen Gründen regional begrenzt ist, pflegt sie dennoch Kontakte mit den größeren schweizerischen und internationalen Organisationen. Das ist möglich durch ihre fortschrittliche Arbeitsweise, die sozialpolitischen, nicht karitativen Charakter hat. Neben den Einzelmitgliedern sind in der Kontaktstelle auch die verschiedensten sozialen, politischen, kulturellen, konfessionellen und gewerkschaftlichen Organisationen der Schweiz und Italiens vertreten. Die Mitarbeit erfolgt auf freiwilliger Basis, da die Kontaktstelle über keine Subventionen verfügt. Nur ein kleiner Kredit der Stadt Zürich dient zur teilweisen Deckung der laufenden Spesen.
Unter der Leitung des Vorstandes und des Arbeitsausschusses (beide gewählt durch die Mitgliederversammlung) beschäftigten sich verschiedene Arbeitsgruppen mit spezifischen Aufgaben: Vierteljährliche Veröffentlichung eines zweisprachigen Bulletins, Herausgabe einer Information über den Aufbau des schweizerischen Staatswesens, Kontakte mit Radio und Fernsehen, Studium der Probleme im Zusammenhang mit der Berufsausbildung und schließlich mit den Schulproblemen.

Von den vielen Schwierigkeiten, die die Einwanderung mit sich bringt, gehören die Schulprobleme zu den schwerwiegendsten, da sie sich nicht nur auf die Entwicklung der künftigen Generation auswirken, sondern auch die Integrationsmöglichkeiten mindestens eines Teils der ausländischen Eltern stark beeinflussen.

Die «Arbeitsgruppe für Schulprobleme»
entstand im Februar 1970 mit dem Ziel, die schulische, psychologische und soziale Lage der italienischen Kinder in Schweizer Schulen zu untersuchen und zu prüfen, welche Schritte unternommen werden können, um die Schulbehörden und vor allem die Lehrer, die italienischen und schweizerischen Eltern für die Probleme der Fremdarbeiterkinder zu sensibilisieren.

Auf Grund von bereits gesammeltem Informationsmaterial wurde als erster Schritt eine aktivierende Befragung bei Lehrern, italienischen und schweizerischen Eltern durchgeführt. In zwei Zürcher Gemeinden konnte eine beachtliche Anzahl von italienischen Familien erfaßt werden. Diese Umfrage, für die sich eine Praktikantin der Schule für soziale Arbeit zur Verfügung stellte, wurde von der Arbeitsgruppe in allen Phasen verfolgt. Sie lieferte an zwei konkreten Beispielen genaue Daten über die Schulsituation italienischer Kinder.

Als weiterer Schritt bereitete die Arbeitsgruppe eine Tagung im Studienzentrum Boldern, Männedorf, über «Schulschwierigkeiten und soziale Lage der Kinder von Einwanderern» vor. Im Verlauf derselben versuchte man sich ein Bild von der sozio-kulturellen Situation der Ausländerkinder zu machen. Diese Tagung gab den Anstoß zu einer Interpellation von Kantonsrat Rosenbusch über die Lage der Ausländerkinder in der Schweizerschule. In zehn Punkten faßte er alle notwendigen Maßnahmen zur Lösung der dringendsten Probleme zusammen.

Zur Aufklärung der italienischen Eltern verfaßte die Schulgruppe eine Broschüre, die das Schulsystem und die Ausibldungsmöglichkeiten im Kanton Zürich aufzeigt. Den Vertrieb übernahmen zum Teil italienische Organisationen, teils die Schulpflegen. Die erste Auflage von 10 000 Exemplaren ist bereits vergriffen, eine Neuauflage von 5 000 ist Ende November erschienen. In vielen Gemeinden wurde diese Publikation an Elternabenden verteilt, an welchen auch die ersten Kontakte zwischen Eltern, Lehrern und Schulpflegen ermöglicht wurden.

Im Monat Mai 1971 erfolgte eine Anfrage an den Zürcher Stadtrat, ob nicht eine Beratungsstelle für Etlern und Lehrer errichtet werden könne.

Die «Arbeitsgruppe Schulprobleme» setzt ihre Tätigkeit fort mit der Erarbeitung einer

Orientierungsschrift für Lehrer,
an der sich verschiedene Fachleute aus dem Schulbereich beteiligten. Sie wird demnächst erscheinen und soll den Lehrern in ihrer täglichen Arbeit mit ausländischen Kindern eine Hilfe sein. Sie gibt Aufschluß über die wichtigsten Ursachen der Schulschwierigkeiten italienischer Kinder anhand dreier typischer Fälle, geht dann über zu Beispielen öffentlicher Hilfsmaßnahmen und gibt konkrete Anregungen für die Gestaltung des Unterrichts in der Volksschule.

Bern:
Nicht Schritt gehalten

Die bernische «Kommission Gymnasium-Universität» hat zu der Frage der Überfüllung von einzelnen Abteilungen der Hochschulen Stellung genommen und ist dabei zum Schluß gelangt, daß der Ausbau der Hochschulen mit demjenigen der Gymnasien nicht Schritt gehalten hat.
Zunächst stellt die Kommission mit Genugtuung fest, daß der Kanton Bern während der letzten 15 Jahre sein Gymnasialwesen stark ausgebaut habe. Heute sei es jedem Begabten möglich, ein Gymnasium zu besuchen, ohne Gefahr laufen zu müssen, in eine Riesenklasse gesteckt zu werden.
Der Engpaß in der Ausbildung komme allerdings im Anschluß an die Gymnasialzeit, wo der Übergang in eine vom Numerus clausus bedrohte Universität zu erfolgen habe.
Heute sei der Bedarf an Akademikern keinesfalls gedeckt, und dieser Tatsache eingedenk würden auch jetzt noch die Gymnasien vergrößert. Diese Planung habe auch auf Hochschulebene nicht Schritt gehalten, so daß ein Numerus clausus irgendeiner Form einzelne Fakultäten bedrohe. Ausländische Studenten oder Studierende aus anderen Kantonen zurückzuweisen, wäre aber «uneidgenössisch» und «widerspräche der akademischen Offenheit an sich. Durch sie würde die Hochschule Bern auf einen Stand zurückgeschraubt, den sie in den längst vergangenen Zeiten der kantonalen Isolation gehabt hat». Die Kommission kommt zum Schluß, daß eine Dezentralisierung stattfinden müsse.
Es sei ein Mißverhältnis, daß die Welschschweiz mit der mehr als dreifachen Studentenzahl bloß drei Hochschulen habe.
Auf lange Sicht lasse sich nur durch Vermehrung und nicht durch Vergrößerung unserer Hochschulen die Zahl der Studenten auffangen.

Schwyz:
Berufsmittelschule Ja oder Nein?

Im Schwyzer Kantonsrat ist eine Petition zugunsten der Schaffung einer Berufsmittelschule eingereicht worden. Deshalb lud der Berufsschulvorstand Außerschwyz zwecks eingehender Diskussion des Problems die gesamte Lehrerschaft, Haupt- und Nebenamtlehrer der Berufsschule Pfäffikon zur Winterkonferenz ein. Hans Bodmer, Rektor der Berufsschule Winterthur, referierte anstelle des erkrankten «Vaters» des Berufsmittelschulwesens, Paul Sommerhalder, über Vor- und Nachteile dieser an den Berufsschulen einzuführenden neuen Abteilung. Er orientierte offen und frei besonders auch über die großen Schwierigkeiten in der Startphase. Zur Berufsmittelschule, die einen Tag zusätzlich in Sprachen, Geschichte, Mathematik, Biologie usw. bietet, sollten nur Schüler mit besonderem Lerneifer und guter Begabung zugelassen werden. Als eine Art Kaderschule wäre zugleich für Strebsame der Anschluß an ein Technikum oder an Erwachsenenbildungsinstitute gewährleistet. Rektor Bodmer durfte für seine breite Information den starken Applaus der Anwesenden ernten.
Nicht besonders enthusiastisch über die neue Idee der Berufsmittelschule zeigten sich einzelne Vertreter der Wirtschaft. Mit Nachdruck wiesen sie auf die Notwendigkeit hin, daß unsere Wirtschaft wieder vermehrt Leute brauche, denen schmutzige Arbeitshände keine Belastung seien. Wir hätten in Zukunft genügend solche, die den Arbeitstag in weißem Hemd und Krawatte verbringen wollten. Ins gleiche Horn blies auch der Vertreter des kantonalen Berufsbildungsamtes, Pius Schuler, der auf die finanziellen Aspekte verwies. Die anschließende Diskussion klärte das Gesamtproblem immerhin in dem Maße, daß eine allfällig doch einzuführende Berufsmittelschule nur Leuten offenstehen sollte, die sich im spätern Berufsleben in eine Kaderstellung einarbeiten wollen. Im Vergleich zu den kommenden finanziellen Belastungen für die ordentlichen Mittelschulen nehmen sich die möglichen Ausgaben für die zusätzliche Weiterbildung lernfreudiger Berufsschüler geradezu bescheiden aus. Dabei ist zu bedenken, daß noch immer über 70 Prozent unserer Jungen eine Berufsschule absolvieren, während nicht ganz 10 Prozent eine Mittelschule besuchen. Um das ganze Problem seriös und eingehend studieren zu können, wurde der Wunsch nach der Bildung einer internen Arbeitsgruppe geäußert.

Appenzell: Herbstschulbeginn

Mit einem kurzen Rückblick auf den glanzvollen Tag der Schuljugend anläßlich der Feier «900 Jahre Appenzell» dankte der Präsident Hans Zihlmann allen Beteiligten für ihren Einsatz. Eine Eingabe der Frühlingskonferenz betreffend die Rückerstattung der Kosten für Lehrerfortbildungskurse war von der Landesschulkommission positiv entschieden worden, und bereits erfuhren lerneifrige Lehrkräfte die erfreulichen Auswirkun-

gen. Die Verknüpfung der «Seealprestaurierung» mit der Schaffung einer Arbeits- und Wohngelegenheit für kurzfristige Klassenaufenthalte einheimischer Schulen scheint in der vorgesehenen Planung des SBNH keinen Platz zu haben. Der Aufruf eines Kollegen gegen die Schleck- und Heftlisucht, sichtbar in den Schüleransammlungen vor Kiosken, sei hier zuhanden der finanzgebenden Eltern weitergeleitet!

Herr Walter Gähwiler von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung benützte seine Ortsanwesenheit zu einer umfassenden Orientierung von höchster Warte über die Pausenapfelaktion, konkret unterstützt durch zwei Harassen saftiger Pausenäpfel zur freien Bedienung. Der Applaus war deshalb sehr verdient!

Unser Erziehungsdirektor, Herr Landammann und Ständerat Dr. Raymond Broger, referierte anschließend über den Herbstschulbeginn. Festzuhalten ist: Die «welschen» Kantone werden ab 1975 am 15. August das neue Schuljahr beginnen, die Ostschweiz am 15. Oktober.

In der Diskussion um eine gemeinsame Meinung unserer Lehrerschaft wurde eifrig nach Vor- und Nachteilen verschiedener Möglichkeiten gesucht. Angesichts der engen volkswirtschatflichen Verflechtung mit unsern im Entschluß vorausgegangenen Nachbarkantonen wurde vernünftigerweise auch für unsern Kanton der 15. Oktober als neuer Schuljahrbeginn ab 1975 festgesetzt.

Im Zuge der Übergangsbestimmungen werden somit nächsten Frühling all jene Kinder schulpflichtig, die zwischen dem 1. Februar 1965 und dem 28. Februar 1966 geboren wurden. Ihr erstes Schuljahr verläuft zeitlich wie bisher. Hingegen wird das Schuljahr 1973/74 bis zu den Sommerferien 1974 verlängert; das Schuljahr 1974/75 dauert vom August 1974 bis zu den Herbstferien 1975, nach denen erstmals ein Schuljahr am 15. Oktober beginnt. Die zwei Langschuljahre bringen wohl den Kindern etwas mehr Ferien, den Lehrern aber zu gleicher Zeit obligatorische Fortbildungskurse, für unsern Kanton stufenweise mit dem Kanton St. Gallen zusammen, der für die Organisation verantwortlich zeichnet. Im Zeichen einer offenen Informationspolitik orientierte uns der Erziehungsdirektor anschließend über den weiteren Fahrplan des Schulkonkonrdats:

— Die Richtlinien zum Fremdsprachenunterricht an der Mittel- und Oberstufe liegen vor.

— Jene für die Neue Mathematik, versuchsweise faktisch ausgewertet, sind im Vernehmlassungsstadium.

— Der Expertenbericht für die Reform der Mädchenbildung ist ebenfalls den Regionen zur Vernehmlassung übergeben.

— Die möglichst einheitliche Gestaltung des 9. Pflichtschuljahres ist von den Fachleuten zuhanden der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) in Arbeit.

— Ein weiterer Expertenkreis betreibt die Intensivierung des Musikunterrichts.

— Studien über technische Unterrichtsmittel sind auf allen Stufen im Gange.

— Die KOSLO als Haupt aller schweizerischen Lehrerorganisationen wurde als Gesprächspartnerin der EDK bestimmt.

Die eingehende Information verdankte der Präsident aufs beste. Er nahm weiter einen Antrag aus der Versammlungsmitte zur Weiterleitung entgegen betreffend die Abgabe der Prüfungsaufgaben unseres Gymnasiums an die interessierten Lehrkräfte (nach erfolgter Prüfung), sowie einen Antrag auf Schaffung eines konferenzeigenen Schul-Mitteilungsblattes.

Der Nachmittag war dem von verschiedenen Seiten seit langem erwarteten Referat von Herrn Dr. Ammann, Sprachheilschule St. Gallen, über die Legasthenie gewidmet. Der Referent deckte aus reicher Erfahrung die Ursachen dieser Lese- und Rechtschreibeschwächen auf und wies hin auf die vielfältigen Behandlungsmöglichkeiten. Seine Worte bleiben bestimmt nicht ohne Wirkung.

Zu gleicher Zeit bestimmte eine Konferenzabordnung unter Führung des Schulinspektors in Sankt Gallen mit über die Dauer und fachliche Ausrichtung der Lehrerfortbildungs-Pflichtkurse in den Übergangsjahren 1973/74 und 1974/75. Der Umfang der Pflichtkurse wurde mit drei Wochen pro Jahr festgesetzt, die Rahmenfächer richten sich nach den spezifischen Anforderungen der einzelnen Schulstufen.

Insgesamt darf der Tag als Meilenstein auf dem Weg zur äußeren und inneren Schulreform bezeichnet werden. em

Mitteilungen

Internationale Schul- und Jugendmusikwochen Salzburg 1972

Veranstalter: Internationales Institut für Musikerziehung

Es finden im Sommer 1972 **vier** Kurse statt:

Für die Musikerziehung bei 6- bis 16jährigen in Volks-, Haupt-, Real-, Sekundar- und Mittelschulen.

Kurs A: vom 23. Juli bis 2. August

Kurs B: vom 3. August bis 13. August

Der Kurs B wird in zwei Parallelkursen geführt: B1 vornehmlich für die Grundschularbeit, B2 für Musikerziehung bei 10- bis 16jährigen.

Der 3. August ist Anreisetag, der 13. August ist Abreisetag. *Für die Musikerziehung bei 10- bis 18jährigen an* höheren Schulen, auch zur Weiterbildung für frühere Teilnehmer der Kurse A und B

Kurs C: vom 23. Juli bis 2. August